Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 158 — Montag, 4. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Preisnachlaß lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die englisch-französische Konferenz

Die Donaufragen in Angriff genommen

London, 4. April. Am Montagvormittag begannen in der Amtswohnung des englischen Ministerpräsidenten die offiziellen englisch-französischen Besprechungen über die wirtschaftliche Lage in Europa. An ihnen nehmen französischerseits Ministerpräsident Tardieu und Finanzminister Flandin sowie die Sachverständigen der französischen Abordnung teil. Von der englischen Seite waren erschienen Macdonald, der den Vorsitz führte, ferner Außenminister Sir John Simon, Schatzkanzler Neville Chamberlain, Handelsminister Runciman, der Unterstaatssekretär im Foreign Office Vansittard, der Wirtschaftsberater der englischen Regierung, Sir Frederic Leith Roß, sowie mehrere Sachverständige des Schatzamtes. Die Besprechungen begannen mit der Erörterung der Donaufrage. Sie werden den ganzen Tag über andauern.

Ein Vorschlag Macdonalds an Amerika?

London, 4. April. Aus englischer Quelle verlautet, daß Macdonald seine Pläne mit Rücksicht auf Amerika angelegt hat, um späterhin mit einem großangelegten Vorschlag an Amerika zum Wiederaufbau Europas herantreten zu können und damit Einfluß auf die amerikanische Stimmung in der Schuldenfrage zu gewinnen. Die ganze Atmosphäre der Londoner Besprechungen kann man als ernst bezeichnen. **Allen Beteiligten ist in den ersten Stunden der Verhandlungen klar geworden, daß es sich um die wichtigsten Fragen handelt, die Europa angehen, und daß versucht wird, eine neue Grundlage zu finden, um dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu steuern.**

Die deutsche Abordnung fährt über Karlsruhe

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. April. Da am Mittwoch in London die Vorbereitende Donaukonferenz beginnt, zu der der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Bülow, mit einer Delegation zusammen reisen wird, ist zunächst für den morgigen Dienstag eine Besprechung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning in Karlsruhe vorgesehen. Infolgedessen werden die leitenden Herren der Delegation heute abend nach Karlsruhe reisen und von dort morgen mittag ihre Reise nach London fortsetzen. In der Wilhelmstraße wird noch einmal mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Londoner Besprechungen lediglich vorbereitenden Charakter hätten und daß die entscheidenden Beratungen erst in Genf stattfinden würden, an denen dann der Reichskanzler persönlich teilnehme.

Paris mit Macdonald unzufrieden

Paris, 4. April. Die große französische Nachrichtenpresse hat ein Heer von Berichterstattern nach London entboten. In der Erklärung Macdonalds möchten die der Regierung nahestehenden Blätter eine Widerlegung der Behauptung finden, daß das offizielle England für die französischen Wünsche und Bedürfnisse kein Verständnis zeige. Anderseits haben sich die Berichterstatter der französischen Blätter davon überzeugt,

daß irgendwelche definitiven Lösungen von der Aussprache Macdonald—Tardieu nicht zu erwarten sind.

Der Sonderberichterstatter des offiziösen „Petit Parisien“ erklärt, bei der Fühlungnahme zwischen den Regierungschefs sei der Wunsch nach Verständigung und loyaler Zusammenarbeit zum Ausdruck gekommen. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ schreibt aus London: Bis zum Zusammentritt der Viererkonferenz wird nichts geschehen, was auch nur im entferntesten einem Beschluß gleichen könnte. Macdonald hat dies beim Empfang der englischen Presse energisch betont. Macdonald frage nicht danach, welche Lösung für die Krise Mitteleuropas in Frage komme,

sondern welche wirtschaftliche und finanzielle Lösung des Donauproblems die Zustimmung Deutschlands und Italiens erhalten könnte.

Die Aussichten der Londoner Besprechungen seien also ziemlich beunruhigend. „Auf keinen Fall dürfen wir Franzosen erwarten, daß die geringste Entente cordiale in irgend einer Form wieder zum Leben erweckt wird.“

„Journal“ erklärt: Wir können uns nur zu der Feststellung beglückwünschen, daß Macdonald der Loyalität der französischen Auffassung über die Zusammenarbeit Anerkennung zollte, wenn er auch immer wieder versuchte, der Empfindlichkeit Deutschlands und Italiens Rechnung zu tragen. — Das Gewerkschaftsblatt „Peuple“ schreibt, in London gebe man eindeutig zu verstehen, daß die Besprechungen nur auf den Wunsch Tardieus zurückgingen. — Das Cotyblatt „Le Figaro“ wirft Macdonald vor, alle deutschen Thesen verteidigt zu haben.

Die Vorbereitung von Lausanne

London, 4. April. In den Londoner Presseäußerungen über den Besuch Tardieus wird vielfach die gestrige Bemerkung Macdonalds hervorgehoben, daß vor der Viermächtekonferenz keine Vereinbarungen über die Donaufrage abgeschlossen werden sollen. „Times“ erklärt, es werde keineswegs daran gedacht, einen englisch-französischen Plan auszuarbeiten und ihn Deutschland und Italien zur Annahme oder Ablehnung vorzulegen. Es werde anerkannt, daß so große Interessen Deutschlands und Italiens durch das vorgeschlagene Vorzugssystem berührt würden, daß kein Plan ohne die Unterstützung beider Länder Erfolg haben könne. Tardieus Plan könne vielleicht als **Anfang der ernstlichen Vorbereitung zur Lausanner Konferenz betrachtet werden. Die Viermächtekonferenz sei ein Versuch, zu verhindern, daß die Arbeit in Lausanne von vornherein durch einen finanziellen Zusammenbruch in Südosteuropa zunichte gemacht werde.**

Die „Morning Post“ befürchtet, daß ein wirtschaftlicher Zusammenbruch der Donauländer dem Bolschewismus die Tore nach Europa öffnen werde. Die „Daily Mail“ rechnet aus,

daß England in den Donauländern einschließlich Bulgarien und Griechenland rund 230 Millionen Pfund langfristig und viele weitere Millionen kurzfristig angelegt habe.

Diese Summen seien verloren, wenn England sich nicht zur Mitarbeit bereiterkläre. Im Gegensatz hierzu sagt die „Daily Expreß“, daß der Plan Tardieus in keiner Weise zu begrüßen sei. Es handele sich lediglich um französische Vormachtwünsche. Frankreich habe sich die Unterstützung der Donaustaaten erkauft und sei nun um seine Gelder besorgt. England sei in keiner Weise bereit, für Frankreich die Kastanien aus dem Feuer zu holen bzw. durch eigene Anleihen die französischen Gelder in den Donaustaaten wieder flüssig zu machen.

Die „Financial News“ fordert die Viermächtekonferenz auf, zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig sei, wenn die Donauländer vom Goldstandard abgingen.

Stimson fährt nach Genf

Paris, 4. April. Nach der „Chicago Tribune“ hat die amerikanische Botschaft bestätigt, daß Staatssekretär Stimson sich am kommenden Freitag nach Europa einschiffen werde, um an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Man rechnet damit, daß Stimson nicht länger als zwei Wochen in Genf bleibt. Sollte er über das Schulden- und Reparationsproblem mit den Delegierten anderer Mächte verhandeln, so dürfte er über das Ergebnis dieser Besprechungen nichts verlauten lassen. „New York Herald“ läßt sich aus Genf melden, daß Staatssekretär Stimson vermeiden werde, die Frage der Reparationen und Kriegsschulden und der Donauföderation anzuschneiden. Es sei nicht unmöglich, daß Stimson mit einem amerikanischen Abrüstungsplan aufwarten werde.

Adolf Hitlers politisches Programm

„Neue deutsche Volksgemeinschaft“

München, 4. April. Adolf Hitler veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ eine längere Erklärung, in der er sein politisches Programm darlegt. Er sehe die größte Aufgabe eines deutschen Staatsmannes der Zukunft in der Zusammenfassung des vorhandenen sozialistischen und nationalen Elements des Volkes zu einer neuen Volksgemeinschaft. Er halte die Zukunft des deutschen Volkes für aufs schwerste bedroht, wenn nicht an Stelle des heutigen demokratischen Parlamentarismus wieder eine starke Autorität der Führung trete. Er sehe den einzigen dauerhaften Garanten unseres wirtschaftlichen Lebens nur in zwei Faktoren:

1. im eigenen Grund und Boden und
2. in der Arbeitskraft und den Fähigkeiten des deutschen Volkes.

Der Kampf gegen den Bolschewismus als Weltgefahr sei praktisch ein Kampf für einen reich gegliederten und organisch aufgebauten Volksstaat, der im Bauerntum sein Fundament, im Mittelstand aber die Brücke besitze, über die tüchtige einzelne Menschen sich langsam zu höheren Stufen emporarbeiten könnten. In einem wahrhaft gesunden Volkskörper sei der Bürger nicht für die Wirtschaft und die Wirtschaft nicht für das Kapital da, sondern das Kapital habe der Wirtschaft zu dienen und die Wirtschaft dem Volke. Er sei Sozialist, weil man den edelsten Vertreter der Arbeit, den Menschen selbst, nicht verkommen lassen dürfe. Sämtliche Versuche, außenpolitisch die Situation Deutschlands zu bessern, sehe er solange für aussichtslos an, als nicht innenpolitisch das deutsche Volk zu einer gesunden Gemeinschaft zusammengeschweißt werde.

Der Artikel schließt mit der Versicherung Hitlers, seinen Kampf fortzusetzen.

Ein SA.-Mann getötet, 17 verletzt

Chemnitz, 4. April. Wie die Geschäftsstelle Chemnitz der NSDAP. mitteilt, wurden bei Mittweida auf mehrere SA.-Leute, die von der Chemnitzer Kundgebung zurückkehrten, von Kommunisten planmäßig Einzelüberfälle verübt. Dabei erhielt der 22jährige SA.-Mann Max Henlich, landwirtschaftlicher Arbeiter, einen Rückenstich, an dem er alsbald verstarb. Außerdem wurden 17 Mann durch Schuß- und Stichwunden verletzt.

Das beschlagnahmte Material

Berlin, 4. April. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, es hätten sich aus dem bei der Nationalsozialistischen Partei beschlagnahmten Material Anhaltspunkte dafür ergeben, daß hoch- und landesverräterische Handlungen (Verrat militärischer Geheimnisse durch Führer der Nationalsozialistischen Partei) vorgenommen worden sei. Der Polizeipräsident von Berlin habe das entsprechende Material dem Oberreichsanwalt übermittelt. Einzelheiten könnten wegen der gesetzlichen Bestimmungen über die Strafverfahren in Landesverratssachen (§ 11 des Gesetzes vom 3. Juni 1914) nicht mitgeteilt werden.

Hitler geht gegen Verleumder vor

Kiel, 4. April. Wie wir erfahren, hat Hitler gegen den Hauptschriftleiter der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt, durch die dem Kieler Organ eine Wiederholung der Behauptung verboten werden soll, daß nach den Enthüllungen der preußischen Regierung über die Zusammenziehung der SA.-Formationen in der Wahlnacht am 13. März Hitler die Absicht eines Putsches gehabt habe.

Grzesinski schließt NSDAP.-Parteibüros

Berlin, 4. April. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Parteibüros der SA. und SS. der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Berlin polizeilich geschlossen werden.

Der Rentnerbund beim Reichspräsidenten

Berlin, 4. April. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute eine von dem Bundesvorsitzenden, Generalmajor a. D. Vogel, Kassel, geführte Abordnung des Deutschen Rentnerbundes, die über die Notlage der deutschen Rentner berichtete und dem Reichspräsidenten die Wünsche des Rentnerbundes nach einer besonderen von der allgemeinen Fürsorge unabhängigen Versorgung der notleidenden Rentner, dem Erlaß eines Rentnerversorgungsgesetzes und bis dahin Milderung der den Rentnerstand besonders belastenden Notverordnungen vortrug. Der Reichspräsident gab seiner Teilnahme an der schwierigen Lage der deutschen Rentner und seinem Verständnis für die vorgetragenen Wünsche Ausdruck und erklärte, er werde im Benehmen mit der Reichsregierung die ihm vorgetragenen grundsätzlichen Forderungen des Deutschen Rentnerbundes zum Gegenstand einer erneuten Prüfung machen.

Reichshilfe für die Hausbesitzerbank in Breslau

Breslau, 4. April. Die Bank für Haus- und Grundbesitz in Breslau, e. G. m. b. H., Breslau, hat ihren Gläubigern mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sei, ohne ein Moratorium ihren Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten. In einer Gläubigerversammlung wurden die Ausführungen der Bankleitung bestätigt, wonach das den Gläubigern zugemutete Opfer dank einer namhaften Hilfe der Reichsregierung (Kredit und geschenkter Zuschuß) verhältnismäßig gering sei. Von dem Vertreter der Regierung wurde den Gläubigern erklärt, daß Vorbedingung für die Reichshilfe die Durchführung des angestrebten außergerichtlichen Vergleichs sei. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß das außergerichtliche Vergleichsverfahren durchgeführt werden kann und die Bank auf der hierfür neugeschaffenen Basis ihren Betrieb aufrechterhalten kann.

Japanische Geschwader über Schanghai

Schanghai, 4. April. 40 japanische Flugzeuge überflogen am Sonntag das Stadtgebiet von Schanghai. Die japanischen Stellen lehnten es ab, sich über den Grund hierfür zu äußern. Es wird jedoch vermutet, daß der Flug als eine Warnung an die Chinesen gedacht war, da sich anläßlich der Gefechte zwischen kantonesischen und Nanking-Truppen Anzeichen ernstlicher Unruhen in den chinesischen Stadtteilen gezeigt haben sollen.

SLUB
Wir führen Wissen.